



Pflegefinanzierung unter Druck: SPD-Fraktionschef Matthias Miersch fordert stärkere Beteiligung der privaten Pflegeversicherung

Dirk Stein

Mit einem Facebook-Post vom 6. April 2026 hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch die Diskussion erneut angeheizt. Seine zentrale Forderung lautet, dass sich die Private Pflegeversicherung stärker an der Stabilisierung der gesetzliche Pflegeversicherung beteiligen müsse.

Steigende Eigenanteile als soziales Risiko

Ausgangspunkt der Kritik ist eine Entwicklung, die viele Betroffene bereits existenziell spüren. Nach Angaben von Miersch liegen die monatlichen Eigenanteile für Pflegebedürftige inzwischen bei durchschnittlich rund 3.500 Euro – und das trotz bestehender Absicherung durch die Pflegeversicherung. Was ursprünglich als Teilabsicherung gedacht war, entwickelt sich damit für viele zu einem finanziellen Risiko mit kaum kalkulierbaren Folgen.

In der Praxis bedeutet dies, dass angesparte Vermögen häufig innerhalb kurzer Zeit aufgezehrt werden. Nicht selten geraten auch Angehörige unter erheblichen finanziellen Druck, während in vielen Fällen letztlich der Weg in die Sozialhilfe unausweichlich wird. Die Pflegeversicherung erfüllt damit ihre ursprüngliche Funktion, eine verlässliche Absicherung im Alter zu gewährleisten, nur noch eingeschränkt.

Kritik am dualen System: Ungleichgewicht zwischen gesetzlich und privat

Im Zentrum der politischen Kritik steht die strukturelle Ungleichverteilung der finanziellen Lasten zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung. Während die gesetzliche Pflegeversicherung im Umlageverfahren organisiert ist und damit unmittelbar von der Alterung der Gesellschaft betroffen wird, basiert die private Pflegeversicherung auf kapitalgedeckten Rückstellungen, die langfristig angespart werden.

Nach Auffassung von Miersch führt diese Systemtrennung zu einer Schieflage. Die private Pflegeversicherung profitiert von vergleichsweise risikoarmen Versichertenstrukturen und stabilisierenden Kapitalreserven, ohne in gleichem Maße zur Finanzierung der steigenden Pflegekosten im Gesamtsystem beizutragen. Dieses Ungleichgewicht wird seit längerem

von Sozialverbänden und politischen Akteuren kritisiert und zunehmend als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen.

Politische Stoßrichtung: Deckelung und Umverteilung

Vor diesem Hintergrund skizziert die SPD zwei zentrale Reformansätze. Zum einen soll der Eigenanteil für Pflegebedürftige spürbar gesenkt und perspektivisch gedeckelt werden. Ziel ist es, den Betroffenen mehr finanzielle Planungssicherheit zu geben und die Angst vor einem vollständigen Vermögensverlust im Alter zu reduzieren. Eine solche Deckelung wirft allerdings unmittelbar die Frage auf, wie die entstehenden Finanzierungslücken geschlossen werden können.

Zum anderen fordert Miersch eine stärkere finanzielle Beteiligung der privaten Pflegeversicherung am Gesamtsystem. Denkbar sind unterschiedliche Modelle, die von einem strukturierten Finanzausgleich bis hin zu grundlegenden Systemveränderungen wie einer Bürgerversicherung reichen. Auch spezifische Umlage- oder Abgabenmodelle stehen im Raum. Allen Varianten ist gemein, dass sie tief in bestehende Strukturen eingreifen und sowohl ökonomische als auch rechtliche Fragen aufwerfen.

Versicherungswirtschaft unter Druck

Für die private Versicherungswirtschaft hätte eine solche Neuausrichtung erhebliche Konsequenzen. Zusätzliche finanzielle Verpflichtungen könnten die Kalkulation der Beiträge verändern und die Wettbewerbsbedingungen innerhalb des Marktes verschieben. Gleichzeitig ist absehbar, dass regulatorische Eingriffe zunehmen würden, was die unternehmerische Flexibilität einschränken könnte.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit möglicher Eingriffe. Insbesondere die Verwendung von kapitalgedeckten Rücklagen für systemübergreifende Zwecke dürfte juristisch umstritten sein und könnte entsprechende Klagen nach sich ziehen.

Einordnung: Zwischen Gerechtigkeitsdebatte und Systemfrage

Der Vorstoß von Miersch geht damit weit über eine kurzfristige Reformdiskussion hinaus. Er berührt grundlegende Prinzipien der deutschen Sozialversicherung, insbesondere das Spannungsfeld zwischen solidarischer Umlagefinanzierung und individueller kapitalgedeckter Vorsorge. Gleichzeitig

stellt sich die Frage, inwieweit bestehende Unterschiede zwischen Versichertengruppen politisch und gesellschaftlich noch akzeptiert werden.

Die Pflegefinanzierung wird so zunehmend zu einer Systemfrage, die Parallelen zu früheren Debatten in der Krankenversicherung aufweist. Im Kern geht es um die Balance zwischen sozialer Gerechtigkeit, finanzieller Nachhaltigkeit und institutioneller Stabilität.

Reformdruck steigt weiter

Der [Facebook-Post](#) des SPD-Fraktionsvorsitzenden Matthias Miersch macht deutlich, dass der Reformdruck in der Pflegeversicherung weiter zunimmt. Die steigenden Eigenanteile und die wachsenden Finanzierungslücken lassen sich langfristig kaum ohne strukturelle Anpassungen bewältigen.

Ob die stärkere Einbindung der privaten Pflegeversicherung tatsächlich politisch durchsetzbar ist, bleibt offen. Klar ist jedoch, dass die Diskussion an Intensität gewinnen wird – und dass die Suche nach tragfähigen Lösungen für die Pflegefinanzierung zu den zentralen sozialpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre gehört.



Matthias Miersch · Folgen
8 Std. · 🌐

Pflege kostet im Schnitt rund 3.500 Euro im Monat – trotz Versicherung. Diese Summen sind für viele ein Schock.
Wenn das mühsam Ersparte innerhalb weniger Monate wegschmilzt, trifft das die Betroffenen hart.
Deshalb ist klar: Der Eigenanteil muss spürbar sinken – wenn möglich sogar gedeckelt werden. Die private Pflegeversicherung beteiligt sich an den allgemeinen Kosten in keiner Weise ausreichend. Auch das sollte geändert werden, um das Gefühl von Gerechtigkeit zu erhöhen und den Menschen die Angst vor dem Ruin im Alter zu nehmen.

Der Eigenanteil muss spürbar sinken - wenn wir ihn nicht sogar deckeln können.

SPD-Fraktionsvorsitzender Matthias Miersch zu den Kosten eines Pflegeplatzes

SPD Fraktion im Bundestag

👍 254 💬 324 ➦ 10

Quelle: Facebook Post, 6.4.2026

Mit einem Facebook-Post vom 6. April 2026 hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch die Diskussion erneut angeheizt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949170/Pflegefinanzierung-unter-Druck-SPD-Fraktionschef-Matthias-Miersch-fordert-staerkere-Beteiligung-der-privaten-Pflegeversicherung/>